

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Band: - (1997)
Heft: 1: Die andere Seite der Nachhaltigkeit

Artikel: Kommen wir der Energiewende 1997 näher?
Autor: Glauser, Heini
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommen wir der Energiewende 1997 näher?

Auch dieses Jahr stehen wichtige energiepolitische Entscheidungen auf Bundesebene an. Das Parlament verabschiedet das Energiegesetz, das CO₂-Gesetz sowie die Energie-Umwelt und Solarinitiative. Beim Investitionsbonus liegt der Ball ebenfalls beim Parlament. Der Bundesrat entscheidet über das Gesuch für die Leistungserhöhung im AKW Leibstadt und den Hochmoorschutz auf der Grimsel. Konkrete Vorschläge zur Strommarkt-Liberalisierung sind angesagt und mit dem Energiedialog versucht Bundesrat Leuenberger die energiepolitischen Fronten zu deblockieren.



Von Heini Glauser, Vizepräsident der SES

Energie-Dialog: Konsensbereiche sind möglich

Am 20. Juni 97 will Bundesrat Leuenberger die Resultate des Energie-Dialoges sehen. Wo liegen die Chancen? Einigkeit scheint im Energie-Dialog bei den erneuerbaren Energien und der effizienten Energienutzung zu bestehen. Zumindest darin, dass sie im nächsten Jahrhundert zwei Hauptelemente für die Energieversorgung sind. Die Gretchenfrage liegt hier bei der Einschätzung und den Konsequenzen für die kurz- und mittelfristige Politik. Weitgehende Einigkeit ist auch bei der Option Importstrom

spürbar: der Strombedarf soll auch in Zukunft im Jahresdurchschnitt durch inländische Stromproduktion gedeckt werden.

In der Frage der AKW herrschen noch winterliche Temperaturen. Interessant war jedoch die Reaktion von Vertretern der Elektrizitätswirtschaft und vom Bundesamt für Energiewirtschaft auf die CAN-Studie (Ausstieg in 10 Jahren!): dass der Ausstieg zwar technisch möglich, aber primär eine Frage des Preises sei. Weitere Annäherungen zur Frage der AKW sind im Rahmen des Dialoges kaum zu erwarten. Noch fehlt die Politikerin oder der Politiker auf bürgerlicher Seite, die nach dem Studium der AKW-Vollkostenrechnung den raschen Ausstieg fordert.

Chancen für Fortschritte im Energie-Dialog sind vorhanden. Sie liegen in Bereichen mit grossen Handlungsmöglichkeiten, die aber bisher durch die energiepolitischen Fronten blockiert waren. Dazu drei brennende Fragen:

- Sollen die erneuerbaren Energien und die effiziente Energienutzung stärker gefördert werden oder überlassen wir deren Zukunft dem 'freien Markt'?

- Welchen Stellenwert wird der dezentralen Stromerzeugung in Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen gegeben? Soll und kann das grosse Potential trotz der momentanen Stromschwemme erschlossen werden?

- Wird die Problematik der Elektroheizungen als wichtigste Winterstromverbraucher erkannt? Schafft die Option Stromsparen und Effizienz bei Elektroheizungen endlich den Sprung ins Aktionsprogramm 'Energie 2000'?

Eine eigenartige Situation im Dialog verursacht die aktuelle Stromschwemme in Europa und der Schweiz. Für die nächsten Jahre besteht kaum Investitionsbereitschaft der Elektrizitätswirtschaft in neue Produktionskapazitäten, insbesondere in zukunftsträchtigen Bereichen. Für die prognostizierte "Stromlücke" um das Jahr 2010 werden aber Grundratsentscheide für neue Grosskraftwerke gefordert.

Investitionsbonus: Beton oder Effizienz?

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Investitionsbonus von 550 Mio. Franken steht in der Frühlings-Sondersession des Parlaments zur Debatte. Beton oder Innovation ist eine der wichtigen Fragen dieser Debatte. 200



Am 20. Juni 1997 will Bundesrat Moritz Leuenberger die Resultate des Energiedialoges sehen. Wir sind gespannt!

Bild: Keystone

Mio. Franken sind für die Unterstützung von Investitionen in effiziente Energienutzung und zur Nutzung erneuerbarer Energien vorgeschlagen, dazu gehören:

- Energetische Sanierungen von Schulhäusern, Gemeindehäusern und anderen öffentlichen Bauten;
- Wärmeverbände zur Nutzung von Holzenergie, Abwärmepotentialen und hoffentlich auch Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen;
- Verstärkte Umsetzung von Energie 2000-Projekten

Mehrere aktuelle Studien belegen den hohen Arbeitsplatzanteil in diesen drei Bereichen: 10-12 Personenjahre pro 1 Mio. Fr. Investitionen. Mit einem Anteil von 15% an die Investitionen könnten mit den vorgeschlagenen 200 Mio. Bundesfranken 15'-20'000 Personenjahre Arbeit ausgelöst werden.

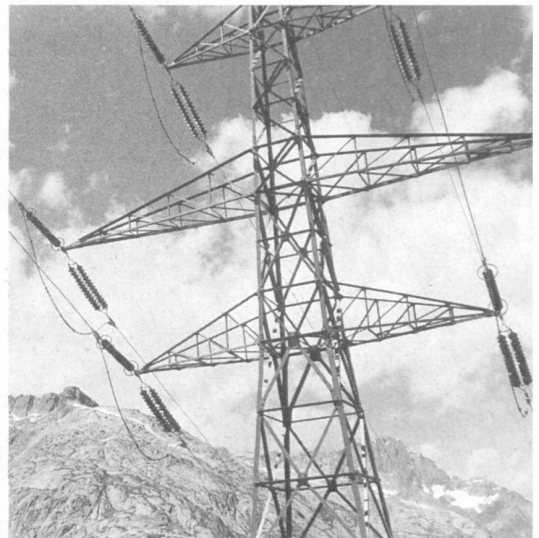
Strommarktöffnung: Neue Monopole brauchen wir nicht!

‘Mehr Markt statt Gesetze und Monopole’ ist die politische Devise unseres Jahrzehnts. Nach anderen Wirtschaftsbereichen ist nun auch der Strom an der Reihe. Strommarktöffnung oder Strommarkt-Liberalisierung heissen hier die Zauberwörter. Die Erwartungen sind hoch: Die Industrie will billigen Strom, das Aufbrechen der Monopole ist versprochen, freie Wahl des Stromlieferanten soll Wettbewerb garantieren und vieles andere mehr. Schon drei Arbeitsgruppen haben sich auf Bundesebene mit der Strommarktöffnung beschäftigt. Die Berichte ‘Cattin’ und ‘Kiener’ sind die Resultate. Kurz vor der Präsentation der entsprechenden Empfehlungen von BEW-Direktor Kiener wurde einmal mehr klar, wer in der Schweiz noch immer die wichtigen, energiepolitischen Entscheide trifft. Die beiden Grossbanken SBG und CS haben ihren Mehrheitsbesitz an den führenden Stromhandelsunternehmen ATEL und EGL kurzerhand abgestossen, um ihre eigenen Finanzlöcher zu stopfen. Der Moment zum Verkauf war finanziell lukrativ. Denn die zukünftigen Positionen im europäischen ‘Strommonopoly’ müssen jetzt bezogen werden. Die EU hat im Juni 96 die schrittweise Strommarktöffnung beschlossen.

Die Markt-Versprechen sind billige Preise, Wettbewerb und Aufschwung. Bis jetzt sind die Folgen der Markt-

“Ein funktionierender Markt gibt es nur, wenn der Staat das Hochspannungsnetz kontrolliert oder besitzt.”

Bild: Keystone



euphorie in anderen Bereichen (z.B. Bier) vor allem Fusionen, Betriebs-schliessungen und Arbeitslosigkeit. Zu den Gewinnern gehören schon jetzt die ‘Grossen’, einerseits die grossen Stromhandelsunternehmen mit wichtigen Hochspannungsleitungen und andererseits die industriellen Grossverbraucher, die durch ihren hohen Stromkonsum tiefe Preise aus-handeln können.

Wer an wirklicher Strommarkt-Liberalisierung interessiert ist muss jetzt die neuen Regeln dieses Marktes auf den Tisch legen. Konzentrationsprozesse und neue Monopole brauchen wir nicht. Grosse, buchhalterisch weitgehend abgeschriebene Volksvermögen stehen auf dem Spiel - diese dürfen nicht einfach privatisiert werden! Gefahr besteht auch für die Arbeitsplätze in den öffentlichen Elektrizitätswerken. Kostendruck führt erfahrungsgemäss zuallererst zum Stellenabbau. Für die Energie-wende brauchen wir qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen in den öffentlichen Werken.

Eine zentrale Rolle für den zukünftigen Strommarkt spielen die Hochspannungsleitungen und die entsprechenden Schaltstellen. Einen funktionierenden Markt, an dem alle Interessierten teilnehmen können, kann nur dann erreicht werden, wenn die öffentliche Hand das Hochspannungsnetz als ‘Marktplatz’ kontrolliert oder besitzt.

Energiegesetz: Elektroheizungen als Nagelprobe

Das Energiegesetz muss diesen Frühling im Parlament eine weitere wichtige Hürde nehmen. Die vorbereitende Nationalratskommission stand

im Spannungsfeld der gegensätzlichen Interessen: Verwässerung und Kompetenzdelegation an die Wirtschaft auf der einen Seite und weitere Konkretisierungsanträge der bundesrätlichen Vorlage auf der anderen Seite. Ein heisses Eisen sind einmal mehr die Elektroheizungen: Schafft zumindest die vom Bundesrat vorgeschlagene Bewilligungspflicht durch die Kantone die Parlamentshürde?

An der Frage der Elektroheizungen kann die Ernsthaftigkeit des Parlaments im Umgang mit der Energieeffizienz und gerechterer Tarifstrukturen abgelesen werden. Dass Strom noch immer für 6-9 Rp./kWh verheizt wird, spottet jeder Diskussion über langfristige Versorgungsengpässe oder über zu hohe Stromkosten.

Stromschwemme: In der Hochkonjunktur angeheizt

In vielen Bereichen leiden wir zur Zeit unter Überkapazitäten. Die Zeit der Milch- und Butterberge wurde abgelöst durch Stromüberschuss, unnötige Beteiligungen an französischen AKWs, Immobilienschwemme etc. Wenn heute nur wenige investieren wollen, liegt das zuallererst an diesen ‘Überschüssen’ der Hochkonjunkturphasen. Wachstumsgläubig wurden über Jahrzehnte alle Vorschläge in andere Richtungen als ideologisch und systemverändernd abgetan.

Wer heute nach Wirtschaftsaufschwung ruft, tut gut daran, Studien und Reports der SES und die 10-jährigen Energieszenarien des Bundes zu konsultieren. Chancen für neue Arbeitsplätze und eine wirklich nachhaltige Zukunft sind darin in Hülle und Fülle zu finden. □